

Presseinformation

Potsdam, 28. September 2010

Zur Festlegung der Hartz-IV-Regelsätze erklärt die
sozialpolitische Sprecherin Birgit Wöllert:

Zynische Trickserei zu Lasten der Schwächsten

Mehr als ein Viertel aller Kinder unter 15 Jahren lebt in Brandenburg in einer Hartz IV – Bedarfsgemeinschaft. Und zwar zu Bedingungen, die dem selbstverständlichen Anspruch auf Teilhabe und Chancengleichheit Hohn sprechen. Nach Auffassung der Bundesregierung ist das immer noch zu üppig: Eigentlich – so lässt sie verlauten – sind die Leistungen für Kinder sogar zu hoch angesetzt (!) Mit großmütiger Geste werden sie trotzdem auf dem jetzigen Niveau belassen. Allerdings sind für die Zukunft schon Nullrunden angesagt.

Der Kinderregelsatz wie auch die um fünf Euro erhöhte Leistung für alleinstehende Erwachsene sind eine Absage an ein menschenwürdiges Leben der Betroffenen. Die Bundesregierung hat alle Energie darauf verwendet, das politisch gewünschte Ergebnis hinzuschwindeln:

- Die statistische Vergleichsgruppe sind nicht mehr das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Erwerbseinkommen, sondern nur noch 15% am Ende der Einkommensskala. Dies führt zwangsläufig zu geringeren Regelsätzen.
- Alkohol und Tabak werden aus dem Bedarf herausgerechnet. Praktisch betroffen sind davon aber alle LeistungsbezieherInnen – auch wenn sie nicht rauchen und keinen Alkohol trinken.
- Die Bildung der Kinder bleibt im Regelsatz nach wie vor unberücksichtigt. Statt verlässlicher Leistungen gibt es nur windige Versprechungen auf Gutscheine. Zum Teil auch nur bei amtlich festgestelltem Bedarf, d.h. Nachhilfe auf Rezept. Von der Leyens Konzept unterstellt, Kinder mit Hartz IV-Bezug seien förderbedürftig, weil „lernschwach“. Den umgekehrten Fall, die Förderung von Begabungen, gibt es in ihrer Welt nicht.

Auch hier hat Brandenburgs rote-rote Koalition vorausschauend gehandelt: Sie hat mit dem Schüler-BaföG offensiv ein soziales Instrument der Bildungsförderung

geschaffen, das SchülerInnen mit finanziell schwächerem Hintergrund neue Chancen eröffnet.

Für diese und weitere besondere Initiativen zugunsten der Kinder – verbesserte Kitabetreuung, Schülerbeförderung u.a. - muss sich die Koalition wahrlich nicht rechtfertigen. Sie sind angesichts zunehmender Armut im Land bitter nötig.

An den Anstrengungen und den Aufwendungen in diesem Bereich darf es keine Abstriche geben. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass die Bundesregierung noch zusätzlich zu Lasten des Landes Ausgaben streichen kann.

Die Politik der Bundesregierung übertrifft unsere schlimmsten Befürchtungen. Es ist für DIE LINKE völlig klar, dass die Landesregierung diesen zynischen Tricksereien im Bundesrat nicht zustimmen kann.